STAATSPROBLEM: WAR ES RATHSAM, DASS DAS DEUTSCHE...

Digitized by Google

Die erste Frage: Ist es klug Frankreich den Frieden anzutragen, hat weit mehr als die zweyte auf sich; denn daß das deutsche Reich nicht einmal nach scheinbaren Regeln der Staatspolitik handle; diesen Satz hielt schon der Nachtwächter zu Aschaffenburg so gut als Friedrich II. für eine entschiedene Wahrheit. Allein man ist auch darüber allgemein einig, daß man klug handeln könne, ohne eben mit der Politik im ersten Grad der Affinität verwandt zu seyn. Hier ist eigentlich von der fürstl. Staatsklugheit die Rede; es würde vermessen seyn, die Zwischenfrage aufzuwerfen, Ob sie mit der Vernunft affinirt seye? Man muß den Regenten unseres Zeitalters doch so viel à credito schreiben, daß sie als die Archonten des deutschen Vaterlandes gesunden Menschenverstand besitzen; sie gewinnen hiedurch wenigstens das Vorurtheil, nach Grundsätzen der Staatsklugheit zu handeln. Es ist ein allgemein anerkannter Satz, daß derjenige in wichtigen Staatsangelegenheiten klug handle, welcher mit Genauigkeit einen richtigen und bestimmten Zwek verfolgt. Worinn bestand also von Seiten des deutschen Reichs der Zwek des Reichskrieges gegen die Franzosen? Der Churfürst von Mainz, welcher das deutsche Reich unterm 13ten Octobr. 1794 durch einen sehr dringenden Vortrag mit Frankreich Friede zu machen, aufforderte, setzte noch kurz vorher den Zwek darinn: 1) Behauptung der Ehre des deutschen Reichs; 2) Schutz und Sicherung seiner Rechte und Gränzen; sodann 3) Erlangung einer gebührenden und voll-

ständ-

ständigen Genugthuung. Durch den Friedensvortrag wurde dieser Zwek auf einmal vereitelt; denn nur nach der Vernunft, nicht nach der Staatsklugheit zu urtheilen, ist es schon gar nicht zu erwarten, daß ein siegreicher Feind dem Ueberwinder ähnliche Bedingungen zugestehen werde. Der Marschall Villars urtheilte sehr richtig, da er in seinen Memoiren schreibt: „Frankreich gewinnt schon durch die bloße Kriegserklärung gegen die Deutschen; indem sie wegen ihrer Zwietracht keinen Reichskrieg führen können. Wie sollte man glauben, daß sie einen vortheilhaften Frieden schließen werden?" Quant à la France, seulement en déclarant la guerre aux Allemans les avantages sont déja decidés. Car, à cause de leur désunion ils ne peuvent pas exécuter une guerre d'empire; comment peut on croire, que dans leur désunion ils traiteront avantageusement. Daß der Reichskrieg nicht nach den Regeln der Klugheit geführt worden, zeigte sich aus dem Benehmen, wie schlecht ein großer Theil der Stände seine Pflichten erfüllt, was für barocke Grundsätze manche Stände selbst gegen den klaren Buchstaben der Konstitution aufgestellt, und wie ein beträchtlicher Theil der Stände das allgemeine Interesse seinem eigenen nachgesetzt, und eine souveraine Willkühr als sein größtes Gesetz angesehen hat. Man sollte fast fragen: Ob es klug gewesen, einen Reichskrieg bey solchen verfassungswidrigen Gesinnungen anzufangen? Die Einigkeit bey den reichstägigen Abstimmungen, wenn die Einförmigkeit in Handlungen abgeht, ist mehr offenbares Ver-

derben, als eine konstitutionelle Wohlthat. In dem gemeinen Leben sagt man: Es wäre Bosheit gegen Pflicht und Versicherungen zu handeln. Vielleicht macht die Staatsklugheit bey einem Reichskrieg hievon eine Ausnahm. Wenn es wahr ist, was Thomas Peine in seinem Werk: Der gesunde Menschenverstand schreibt, daß die Beweggründe den Zwek entweder veredeln, oder verunstalten; so ist es entschieden, daß es äusserst unklug war, von den Franzosen in dem Zeitpunkt einen Frieden zu verlangen, in welchem man gar nicht hoffen konnte, daß der Zwek des Reichskriegs nur dem Anschein nach, erreicht werde. Man sieht es nun freylich klar ein, daß die Friedensanträger und Beförderer, anstatt standhafter Beweggründe, einer falschen Eingebung und blinden Ehrgeitz gehuldigt, um sich als Urheber des Friedens bey der Nation verdient zu machen; oder wenigstens, um wie gewöhnlich, dennoch getreue Gehülfen einer gewissen, dem Reichssystem nicht vortheilhaften, Politik zu seyn. Dieser Schritt hat sie aber so weit irre geführt, daß sie den Zwek des Reichskriegs ausser acht liesen, und sogar nicht einmal an die gefährlichen Folgen dachten, welche daraus entstehen müßten, wenn man seine Schwäche als den stärksten Beweggrund des Friedens dem Reichsfeind anführte; dieses war allerdings der Fall bey dem Friedensvortrag vom 13ten Oct. 1794. Daß die Beweggründe zum Frieden nicht einen Schein der wahren Staatsklugheit gehabt haben, ist dadurch bewiesen, indem sie nach den dermaligen Umständen gar nicht abgemessen waren;

man

man hält überhaupt bey großen Unternehmungen es für das wahre Kennzeichen der Staatsklugheit, wenn der bestimmte Endzweck dadurch erreicht wird. Allein es zeigte sich geradezu die gegentheilige Wirkung; der Friedensantrag war für die deutsche Nation vielmehr eine Demüthigung; er wurde von dem Reichsfeind keiner Antwort gewürdigt, und von verschiedenen Reichsständen nur zu Separatfriedensschlüssen, zu konstitutionswidrigen Handlungen und zu Erzielung ihres Privatinteresse gemisbraucht. Da man die wahre Staatsklugheit für die innere Erkenntnis und Wissenschaft des Zusammenhangs der Ursachen und ihrer Folgen hält, die mit einem vernünftigen und wahrhaften Urtheil verknüpft ist; so läßt sich behaupten, daß der churmainzische Friedensvortrag, da selbiger weder eine richtige Erkenntnis und Wissenschaft des Zusammenhanges und der Ursachen am wenigsten der Folgen hatte, mit jenem vernünftigen und wahrhaften Urtheil nicht verbunden war, welches der so äußerst wichtige Gegenstand erfordert hätte. Wenn man eine richtige Erkenntnis und Wissenschaft des Zusammenhanges der Ursachen und ihrer Folgen bey dem Friedensvortrage würde gehabt haben; so hätte man wissen müssen, daß in einer so äusserst wichtigen Sache die Regeln der Staatsklugheit erfordern, dem Reichsoberhaupt in mehr als einem Betracht eine vorläufige Anzeige von dem Vorhaben zu machen; man hätte wissen müssen, daß das Reichsoberhaupt der Vorwissenschaft dieses Schritts so würdig, als der König von Preussen gewesen; man hätte wissen müssen,

müssen, daß dieser Friedensvortrag dem König von Preussen als eine Vollmacht zur Forsetzung seiner im Oct. 1794. zu Paris schon angefangenen Unterhandlungen dienen werde; man hätte wissen müssen, daß ein erfolgender Separatfriede eine offenbare Scission im Reich verursachen werde; man hätte wissen müssen, daß dieser Separatfriede eine Neutralitätslinie, wie die Franzosen bey den Nimweger Frieden schon eine vorzeichnen wollten, nach sich ziehen werde; man hätte wissen müssen, daß durch einen übereilten Friedensvortrag die ohnehin schon gelähmten Kräften der deutschen Stände noch mehr geschwächt, und die Franzosen die schwachen Verhältnisse des deutschen Reichs benutzen würden; man hätte aber im Ganzen vorzüglich wissen müssen, daß der vorgesteckte allgemeine Endzwek des Reichskriegs durch allgemeine Anstrengung und nicht durch einen unregelmäßigen Nachlaß der Kräfte und Vertheidigungsmitteln, am wenigsten durch einen übereilten Frieden zu erreichen seye. So viel ist gewiß, daß wenn dieser große patriotische Churfürst, der in der politischen Geschichte unseres Vaterlands schon einige Jahre vor dem deutschen Fürstenbund seine große Epoche angefangen hatte, alle diese Ursachen, ihren Zusammenhang, und die Folgen gewußt hätte, sich niemals zu diesem übereilten Friedensvortrag würde verstanden haben; denn wenn er vorhergesehen hätte, daß sein Friedensvortrag die Folgen solcher Handlungen haben könnte, die selbst das Reichsoberhaupt vermög des Wahlvertrags nöthigen würde, eine feyerliche Verwahrung, wie es in dem Hofdekret vom 29ten Jul.

1795

1795. geschah, entgegen zu setzen; wenn er vorhergesehen hätte, daß durch diesen Friedensvortrag den Franzosen sogar die rechte Seite des Rheins anzugreiffen, durch einen abgemarkten Uebergang erleichtert würde; wenn er vorhergesehen hätte, daß sein Friedensvortrag selbst von einem der kleinsten Reichsbischöffen in allen Folgen haarklein sollte durchkreutzt werden, *) wenn er vorhergesehen hätte,

*) Fürst-Bischöflich Churische Abstimmung im Fürsten-Raths Protokoll von 19. December 1794.

Chur, suo loco et ordine: Sr. Churfürstl. Gnaden von Mainz gebühre der wärmste Dank für den patriotischen Eifer, nach jenen in Comitiis bekannten Anträgen, dem gegenwärtigen, ohne Beyspiel, verderblichen Krieg auf einmal durch annehmlichen Frieden ein Ende machen, sofort jedem friedlichen deutschen Bürger, besonders jenen der vorliegenden Kreißen nach so schwer drückend erlittenen Schaden und Ungemach wohlthätige und dauerhafte Ruhe verschaffen zu wollen; man mißkenne auch diesseits nicht, daß ein annehmbares Friedensgeschäft der heise Wunsch höchster und hoher, bevorab jener Reichsstände seyn müsse, welchen das Misgeschike Verlust an Land und Leuten zugetheilt, und denen nur ein bald anzuhoffender Status quo einigermaßen zur tröstenden Aussicht dienen könne.

Wenn aber auch gegenhaltig in reifliche Erwägung gezogen zu werden verdiene, daß sehr wahrscheinlich die dermalige Lage Frankreichs des Friedens eben so nöthig, als Deutschland habe; Wenn der so vasche

hätte, daß sein Friedensvortrag die Grundursache einer ganzen Reihe unglüklicher Folgen sey würde; und

---

sche Schritt eines förmlichen Friedens-Antrags den Uebermuth der französischen Volksvertreter ungleich mehr erhöhen, als für unser Vaterland vortheilhaft bewegen dürfte: Wenn eine heftige Betreibung des Friedensunterhandlungen das deutsche Reich zu ungenießbaren, und mit lästigeren Bedingungen, als selbst die noch fortdauern könnende Kriegsbürde nicht ist, herabwürdigte, vielleicht gar dessen gänzlichen Verfall, oder wenigstens in unserer Reichskonstitution eine wesentliche Aenderung unausweichlich machte: Wenn nach einem schärfern Blik in den Zusammenhang aller politischen Umstände unsere allgemeine Rettung nicht mehr so viel von eigener Verfassung, als von andern auswärtigen mächtigeren Einflüssen erwartet werden könnte, und wenn endlich nicht jedem, sonderheitlich dem mehr entferneten Reichsstand, zu einer die vorliegende Materie erschöpfenden Abstimmung der fast täglich abwechselnde Geschäftengang höherer Politik genugsam bekannt seye: so erachten Sc. Hochfürstl. Gnaden Ihre reichsständische Pflicht nicht zu verfehlen, wenn Höchstsie unvorgreiflich vermeinen, daß man von Reichswegen aus einem allgemeinen unbeschränktesten Vertrauen in die, von kaiserl. Maj. bereits ausserordentlich bethätigte reichsväterliche Vorsorge nicht weniger, als in die unermeßliche, zum Wohl des deutschen Reichs von Allerhöchstdenenselben beispiellos dargebrachte Anstrengungen, Allerhöchst Ihroselbst eigenen weisesten Prüfung überlassen könne,

ob

und wenn er noch vorhergesehen hätte, daß dadurch selbst die politische Reputation des Königs von Preußen, seines Bundesverwandten eine wesentliche Erschütterung erleiden müßte; so darf man überzeugt seyn, daß dieser patriotische Cheff des Reichs den Friedensvortrag so wenig mit seinen Pflichten als mit der Staatsklugheit hätte vereinigen können. Es scheint, daß an diesem Fall, selbst der Unterschied, den die Juristen zwischen der überwindlichen und unüberwindlichen Unwissenheit in dem bleyernen Alter Deutschlands machten, nunmehr vollkommen gescheitert habe. Doch um die Erörterung der Frage, ob es klug war, den Franzosen von Seiten

---

ob bey gegenwärtiger Lage der Dinge ein — dem Ansehen des Reichs angemessener, dauerhafter und gedeihlicher Friede, erzielet werden dürfte? Bevorab man zum voraus versichert seye, daß des Kaisers Maj. auf jeden Fall nur jene Maasregeln zu ergreiffen, geneigt seyn werden, welche die Integrität des deutschen Staatskörpers zu bezwecken vermögen; wobey auch nicht zu umgehen wäre, Se. kais. Maj. nochmalen um ferneren allerhöchsten Beystand sowohl, als um die allergefälligste Verwendung, ehrfurchtsvoll zu ersuchen, damit nicht minder Se. königl. preußische Maj. bey der Aussicht einer möglichsten Friedensunterhandlung Ihre guten Officien einlegen, im Gegenfall aber Ihre tapfere Kriegsheere in Verbindung mit dem allerhöchsten Reichsoberhaupt der Verheidigung unseres werthen Vaterlands noch ferner beywirken zu lassen, geruhen möchten.

Seiten des deutschen Reichs den Frieden anzutragen, näher zu kommen, bedarf es noch einiger Reflexionen: Die Staatsklugheit bringt insgemein dem Staatsmanne drey Dinge zuwege, nemlich die Natur, die Wissenschaft und die Erfahrung. Das Vergangene zeigt ihm die Wissenschaft; das Zukünftige die Erfahrung; und das Gegenwärtige erfordert einen natürlichen Verstand. Die Geschichte der vergangenen Zeiten sollte jeden deutschen Reichsstand überzeugen, daß man niemals wegen der Disunion der Stände mit Frankreich einen vortheilhaften Frieden geschlossen hat. Aus der Verwirrung und den Faktionen, in welchen die französische Republik sich im J. 1794. befand, welche diesen Staat nach dem Beyspiel anderer Staaten offenbar zu Grund richten müssen, hätte man urtheilen sollen, daß ein Friede mit einer in dieser Art ihrem Umsturz nahen Regierung äusserst nachtheilig seye. Die vortreflichsten Regenten, ein Solon, Epaminondas, Philopömen und selbst Lukull überwanden den tapfern Mithridat und Tigranes weil sie aus dem Nutzen und Schaden anderer Völker und aus der Betrachtung des Vergangenen richtig urtheilten, ob Krieg oder Frieden ihrem Vaterland nützlich seye. Die wahre Staatsklugheit rathet, daß man sich im Glük mäsigen, im Unglük aber ermannen solle. Das Unglük, welches das deutsche Reich bis auf den 13. Oct. 1794. betraf, war groß, aber doch nicht so groß, daß die deutsche Mannheit mit dem gänzlichen Verlust bedroht war. Das ganze nördliche und östliche Deutschland war von den Qualen des Kriegs noch nicht geplagt,

plagt, und bey ſolchen Kräften, daß ſobald Argliſt, Meineid und Verrätherey, aus den Kriegsoperationen verbannt geweſen wären, der Feind des Reichs, ſo wie es von 13ten bis 29ten Oct. 1795. geſchah, von dem Rhein hinweg und in ſeine Gränzen hätte müſſen zurukgeworfen werden. Wenn andere Fürſten und Feldherrn nach großem Misgeſchik gleich zu blinden Friedensanträgen ihre Zuflucht genommen hätten, würde Mithridates die Rodier, Cäſar die Gallier, Richelieu die Hugenoten bey Rochelles, Friedrich II. das halbe gegen ihn verbundene Europa, und Clairfait die Franzoſen bey Mainz nicht beſiegt haben. Die Geſchichte des 13ten Oct. 1794. als der unglükliche Tag des Friedensvortrags iſt durch die Begebenheiten des 13ten Oct. 1795. und der folgenden Tage am ſtärkſten widerlegt, und gezeigt worden, daß die Staatsklugheit keine Uebereilung in großen Angelegenheiten zulaſſe, vielmehr erfordere, daß das Vergangene mit dem Gegenwärtigen dergeſtalten verglichen werde, damit aus beiden das Zukünftige genau beurtheilt, und allem Unheil vorgebeugt werden könne. Die Vorfrage, daß es alſo nicht klug war, weder direkte noch indirekte den Franzoſen Friedensvorträge in einem Zeitpunkt zu machen, allwo der Zwek des Reichskriegs am wenigſten zu erreichen war, iſt allerdings vollkommen beantwortet. Wenn man bey einem großen Staatsgeſchäft es an der natürlichen Klugheit fehlen läßt, ſo kann man auch behaupten, daß unmöglich politiſch ſeye verfahren worden. Doch dieſen Satz werden wir im nachfolgenden durch politiſche Demonſtrationen beweiſen.

In

In einer Hennebergiſchen Chronik vom J. 1594. lieſt man S. 174. folgende Prophezeihung eines Dorfpfarrers: „Wenn unſere geiſtlichen Her„ren einmal glauben werden, in politiſchen Welt„händeln überklug zu ſeyn, alsdann wird ihre grö„ſte Kunſt im Davonlaufen beſtehen.“ Wahrlich! dieſe Prophezeihung traf im J. 1794. und 1795. richtig zu.

Im vorſtehenden wurde gezeigt, daß es nicht klug war, den Franzoſen den Frieden in einem Zeitpunkt anzutragen, in welchem man den Zwek des Reichskrieges gar nicht erreichen konnte. Wir wollen nun auch die zweyte Zwiſchenfrage unterſuchen:

„War es auch politiſch, daß das deut„ſche Reich den Franzoſen den Frieden „antrug?“

Ohne Staatsklugheit kann wahre Politik nicht beſtehen; denn dieſe iſt nichts anders, als der Umfang aller Convenienzmittel, die zu den verſchiedenen Zwecken der äuſſerlichen Staatswohlfahrt führen. Sind die Mittel nicht ſo geartet, daß die vorgeſtekten Zwecke können erreicht werden, oder fehlt es ſogar noch an der Klugheit das wahre Mittel zu Erreichung des Endzweckes zu wählen; ſo kommt die Staatspolitik bey einem ſolchen Geſchäfte gar nicht einmal in Anſchlag. Bey

den

den Franzosen konnte in dem größten Glük ihrer Waffen, in dem vollen Enthusiasm ihrer verkehrten Grundsätze, und in dem Zeitpunkt, wo die französische Republik weder eine bestimmte Regierung, noch eine Constitution hatte, ein Friedensantrag keine Wirkung haben; er mußte vielmehr für den antragenden Theil äusserst nachtheilig seyn; dieses Resultat konnte auch nach den einfachen Regeln der Staatsklugheit bestimmt werden. War also der Friedensantrag gemäs der Staatsklugheit nicht das wahre Mittel den Endzwek des Reichskriegs zu erzielen; so konnte er um so weniger nach der wahren Politik abgemessen seyn, als diese den Umfang aller Convenienzmittel ausmacht, wodurch man zu dem Zwek der äusserlichen Staatswohlfahrt gelangen kann. „An dem Zeitpunkt Krieg zu machen (schreibt der berühmte sardinische Minister Marquis d'Ormea) ist lang nicht so viel gelegen, als an der Benutzung jenes Augenbliks, der einen vortheilhaften Frieden erzeugt. Man ist oft aus dem schnellen Zusammenschlag vieler Umstände gezwungen, an einem Krieg Antheil zu nehmen; die politische Klugheit bestimmt aber jenen Zeitpunkt zum Frieden, in welchem entschiedene Vortheile zusammentreffen." Il n'y a pas tant d'intérêt de faire la guerre, pour le moment, que pour celui, qui nous offre les avantages de la paix. On est plusieurs fois forcé par le rapide concours des circonstances à prendre part dans une guerre; mais la sagesse politique décide le concours des avantages

pour

pour le vrai moment de faire la paix. Zur Zeit des Mainzischen Friedensvortrags war kein einziger Beweggrund vorhanden, wodurch nur scheinbar konnte bewiesen werden, daß der 13te Oct. 1794 der Zeitpunkt zu Entamirung einer günstigen Pazifikation seyn könnte; noch weniger zeigte sich ein Zusammenschlag von vortheilhaften Aussichten, vielmehr waren alle Umstände schnurstraks der Erreichung des Endzweks *) des Reichskriegs entgegengesetzt; für die deutsche Nation war der Antrag eines Friedens eine weit größere Demüthigung, als das Unglük ihrer Waffen, welches im Grund nicht von der Zaghaftigkeit, sondern dem Privatinteresse und den Faktionen herrührte, die von einigen Alliirten zu Gunsten des Feinds unterhalten wurden. Die Politik hatte also mit dem Friedensvortrag für denselbigen Zeitpunkt nicht die geringste Verbindung. Zur Zeit des Friedensvortrags dachte das Reich noch nicht einmal an eine solide Basis, auf welche sich der künftige Friedensschluß gründen sollte. Derjenige, welcher dem churmainzischen Friedensvortrage etwas nachzuhelfen suchte, legte erst die Basis dadurch, daß man etwas nachsehen müßte, ohne eigentlich zu bestimmen,

*) Wir wissen, daß der Endzwek des Kriegs selbst nach der Bestimmung des Churfürsten von Mainz darinn bestand: 1) Behauptung der Ehre des deutschen Reichs, 2) Schuz und Sicherung seiner Gränze, sodann 3) Erlangung einer gebührenden vollständigen Genugthuung.

Digitized by Google

men, worinn das Etwas bestehen solle. Magdeburg setzte die Basis in Erhaltung eines leidlichen Friedens; welcher Ausdruck eben so wenig als der vorhergehende eine Bestimmung hatte. Andere Stände glaubten ihres Orts durch die leeren Wünsche einer nur baldigen Friedenseinleitung alles erschöpft zu haben. Die politische Staatsklugheit erfordert aber bey einem Reichskrieg, daß derjenige, welcher einen allgemeinen Reichsfrieden anträgt, doch auch wissen müsse, was man allgemein gesinnt nennt. Der Churfürst von Mainz konnte aber zum voraus so wenig, als jeder einzelne Stand des Reichs wissen, was andere dachten, da er vor dem Friedensantrag bekanntermassen mit keinem Stand oder höchstens nur mit seiner Parthie korrespondirte, die das gesammte Reich nicht ausmacht, wenn auch Preußen, einer der mächtigsten Reichsstände, darunter begriffen war. Da also der Churfürst von Mainz nach den Regeln der Staatsklugheit weder Erkenntnis noch Wissenschaft von den allgemeinen Gesinnungen und dem Willen der Gesammtstände; (denn selbst der Kaiser wußte von dem Friedensantrag so wenig, als der Reichsschultheiß zu Soden *) so kann man ohne alle Beleidigung dieses großen Reichsstandes behaupten, daß er selbst nicht gewußt, was er wollte, oder höchstens nur, daß er den Frieden nach

*) Ein Reichsdorf ohnweit Frankfurt, worüber Churmainz und Frankfurt den Schutz haben.

Digitized by Google

nach dem Willen des Königs von Preußen seines Bundesverwandten gewollt habe. Nach der wahren Politik war also der Friedensantrag nicht abgemessen, indem er die Regeln der Staatsklugheit verfehlte; er verfehlte aber auch die Grundsätze der Politik der deutschen Reichsverfassung, nach welcher bey allgemeinen Reichsgeschäften der Gesammtwille aller, unter ihrem Oberhaupt gesätzmäßig vereinigten Stände, wesentlich erfordert wird. Konnte man nach den Grundsätzen des Fürstenbundes Art. 4. eine Korrespondenz unter den verbundenen Ständen festsetzen; so erforderte der Mutterbund, die deutsche Union, älter als der Schöpfer des Fürstenbundes, allerdings, daß die Gesinnungen der Stände über die Vorfrage, ob es in dem damaligen Zeitpunkt rathsam seye, einen Friedensvortrag zu machen, unter der Hand, wie es bey Geschäften von wenigerem Belange geschieht, wäre vernommen worden. Die wahre und verfassungsmäsige Politik ward also bey dem Friedensvortrag nicht blos in der Form, sondern im Wesentlichen verfehlt; indem durch diesen Friedensvortrag die Wohlfahrt der ganzen Nation auf das Spiel gesetzt, und der Reichsfeind durch das Geständniß der Unvermögenheit, in der Beharrlichkeit, der Nation einen demüthigenden Frieden abzudringen, gestärkt wurde. Die wahre Politik hatte auch auf den Friedensantrag nicht den geringsten Einfluß; indem darinn nebst der Bethätigung der Unvermögenheit einem überlegenen Feinde téte machen zu können, festgesetzt wurde, daß, im Fall die französische Nation sich nicht zu einem Frieden einverstehen

stehen wollte, das deutsche Reich mit gesammter Macht sich einen gerechten und billigen Frieden werde zu verschaffen wissen. Der hohe Friedensvorträger konnte nicht einmal wissen, ob alle Stände noch gesinnt wären, nach dem Friedensvortrage seine Lande zu vertheidigen; er hatte weder ihren politischen Willen, noch ihre Kräfte gekannt; und im Fall, daß er sie gekannt hätte, wäre [redacted] sehr unpolitisch gewesen, auf ihre Rechnung den Frieden vorzutragen, und dadurch gegen das wahre Verhältniß ihre Kräfte herabzuwürdigen. Die französische Republik hat in dem Zeitpunkt, als das Reichsoberhaupt durch Zudringlichkeiten genöthigt wurde, die Friedenseinleitung zu befördern noch erklärt, daß sie keinen Waffenstillstand eingehe, und alsdann erst sich einen Frieden gleichsam gefallen lasse, wenn sie alle Vortheile über die kriegführenden Mächte sich würde versichert haben. Wenn diese Erklärung auch nicht schon hinlänglich die Inpolitik des Friedensantrages bewiesen hätte; so sind die entscheidenden Siege, die Clairfait vom 13ten Oct. bis 29ten Nov. in der Verbindung weniger Reichstruppen mit der kais. Armee erfochten hatte, der selbstredendste Beweis, daß der hohe Friedensvorträger die Kräfte der deutschen Macht nicht gekannt hatte, oder verkennen mußte. Die wahre Politik war aber in jedem Fall verfehlt, indem nach dem Friedensantrage, so wie er geschah, das Reich, wenn die Franzosen zu einen Frieden sich nicht einverstehen wollten, wegen der Unvermögenheit auch keine Rettung mehr sich zu versprechen hatte. Vielleicht hatte der hohe Friedensvorträger schon von dem preußischen Separatfrieden einen

Vorgeschmack; allein auch in diesem Fall hatte die Politik falsch kalkulirt; indem Preußen nur ein Theil der Kardinalmacht des deutschen Reichs ist, und sich nicht einmal wie 1. zu 6. verhält. Man wußte den 13ten Oct. 1794, als der Friede dem Reich vorgetragen wurde, daß die Franzosen die linke Seite des Rheins nun und nimmermehr abtreten wollten. Es war also sehr unpolitisch einen Frieden in jenem Zeitpunkt vorzutragen, in welchem man den Zweck eines Reichskriegs nicht mehr erreichen konnte, und die Länder durch einen Frieden gleichsam hingeben sollte. Der Marquis Frez Bothschafter bey dem Nimweger Frieden sagte: Qu'il croioit que s'il falloit necessairement que la Flandre fut perdue, il valoit mieux, que se fut par la guerre, quae par la paix: „Er glaubte, daß, wenn Spanien nothwendig Flandern verlieren sollte, solches besser durch den Krieg, als durch den Frieden geschehen müßte." Dieser Minister stand in dem Ruf eines feinen Politikers. — Da aber die Macht des deutschen Reichs durch einen übereilten und unzeitigen Friedensvortrag so sehr diskreditirt wurde; so war der Antrag nicht nach jenem Begriff abgemessen, welchen Deutschland wenigstens bis auf den 13ten Oct. von der Politik eines deutschen Erzkanzlers hatte. Dringen wir noch etwas tiefer in die politischen Maximen von Friedensanträgen ein; so ist bekannt, daß bey grossen Prätensionen der Krieg allein den Frieden bestimmt. Wenigstens behauptete der Prinz von Oranien im J. 1673. in dem Rath der Generalstaaten: Qu'en égard des grandes prétentions, que fis-

fissent les François, il n'y auroit, que les évènemens de la guerre, qui pussent déterminer les parties à quelque conclusion de traté: „In Ansehung der übertriebenen Forderungen Frankreichs konnte der Ausschlag des Kriegs ganz allein den Friedensschluß reguliren.“ Wenn nach mainzisch-preußisch-hessisch- und braunschweigischer Meynung das Reich dennoch so impotent seyn soll; so schien der Friedensantrag äusserst unpolitisch, indem man von der heftigsten Vertheidigung sprach, und sich dennoch so schwach angab — unpolitisch, wenn man wirklich so entkräftet war, dem Feind es noch zu sagen, und das ganze Reich zur Bestättigung dieses Satzes aufzufordern. — Unpolitisch unter Vorstellung aller möglichen Schwachheiten auf einen Frieden anzutragen, da es um die Fortsetzung des Kriegs als dem einzigen Rettungsmittel zu thun war. Wer Krieg führen und Frieden schliesen will, muß sowohl nach den Regeln der Klugheit als der Politik, seinen Gegner genau kennen. Bey dem Friedensvortrag war dies der Fall nicht. Man weiß zwar, daß die Franzosen manchmal über den Rhein herüber gerufen, daß sie den Frieden wünschen: „Allein man soll wissen (schrieb Herr von Beverning, holländischer Minister bey dem Nimweger Friedenskongreß daß die Franzosen in dieser Rüksicht verdienen gelobt zu werden, denn sie benutzen alle wichtige Angelegenheiten, und selbst Zeitvertreibe. Denn sie haben ihre Streiche ausgetheilt, und wollen dadurch die Gegenstreiche der Konföderirten von sich ablehnen:“ Que les François à ce sujet méritoient d'etre loués en ce, qu'ils ne

négligoient aucune occaſion importante, non pas même un amuſement. Que les François avoient donné leurs coups et vouloient empêcher les confédérés de donner les leurs. — Auch Beverning war ein allgemein anerkannter Politiker. Wann iſt alſo, wird man ſagen, der wahre Zeitpunkt einen Frieden zu machen? Der berühmte Chevalier Temple, engliſcher Miniſter ſchreibt in ſeinen Remarques ſur l'état des provinces unies, p 119: Le ſeul moment favorable, pour faire une bonne paix eſt, lorsque votre ennemi la déſire, et que vous êtes en etat de continuer de faire la guerre: Auſſi que ceux là ſe trompent, qui conſeillent, que pour obtenir la paix, il faut céder quelque point d'honneur, ou d'intérêt: parceque que cela ne fait que provoquer de nouvelles injures, donner du coeur aux ennemis et l' ôter aux amis. „Der einzige günſtige Augenblik um einen guten Frieden zu machen, iſt, wenn unſer Feind ſolchen verlangt, und wir im Stande ſind, den Krieg fortzuſetzen, wie ſich diejenigen betrügen, welche rathen, daß man um Frieden zu erhalten, eine kleine Ehrbegierde oder Intereſſe fahren laſſe. Dieſes verurſacht aber nur neue Unbilden, macht die Feinde herzhaft, und entmannt die Freunde." Dieſe wichtige Stelle überzeugt uns vollkommen von der politiſchen Sünde des churmainziſchen Friedensvortrags; wenn man auch übergeht, daß die Konſtitution, das Eigenthum der Nation hiedurch wenigſtens in politiſchem Betracht wegen der Folgen

ſo

so unheilbar, als durch die Separatfriedensschlüsse einzelner Stände verletzt wurde. Bey Erscheinung des churmainzischen Friedensvortrags riefen alle gedungene Herolden: Voila l'aurore de la paix! Sehet die Morgenröthe des Friedens. Der gesunde Politiker sagte aber: „Erforschet vorher die „Ursachen und Folgen, warum der Horizont so roth „ist, und dann werdet ihr hören, daß die zu starke „Röthe entweder Sturm oder üble Witterung all„zeit bedeute." Der Erfolg dieses unglüklichen Friedensvortrags bestätigte diese meteorische Regel. Wenigstens ist es eine entschiedene Sache, daß ohne diesen Friedensvortrag die Separatfriedensschlüsse selbst in jenem Maaße und Wirkungen nicht hätten zu Stand gebracht werden können, wie sie, sich gleichsam auf diesen Vortrag stützend, durch offenbaren Misbrauch der Verfassung, unter dem unstatthaften Vorwande der Selbsterhaltung, zu Stande gekommen sind. Man ließ sich durch die Separatfriedensschlüsse blenden, als wenn das Reich ganz allein hiedurch zu einem guten Frieden gelangen könnte; da doch die Geschichte der Vorzeit uns vollkommen überzeugt, daß Frankreich durch Separatfriedensschlüsse noch allzeit sich zum Gesetzgeber des allgemeinen Friedens gemacht hatte. Der englische Gesandte Ritter Hyde, sagte bey dem Nimweger Frieden *) la France ayant fait la paix séparée avec la Hollande et l'Espagne, se

*) Memoires de ce qui s'est passé dans la chrétienté. p. 548.

se vit continuellement en état de la pouvoir faire accepter à l'Empereur et aux autres Princes du Nord, aux conditions qu'elle vouloit elle même leur imposer, et l'Angleterre demeura occupée à éteindre un feu, qui commença à paroitre chez elle avec une fumée extraordinaire, et un bruit surprenant; de sorte, que comme il étoit fort difficile de découvrir le commencement de cet incendie, il l'étoit encore bien plus d'en prévoir la fin. „Frankreich, da es mit Holland und Spanien einen „Separatfrieden machte, sieht sich beständig „im Stande, dem Kaiser und den übrigen nordischen Fürsten einen Frieden durch solche Bedingungen, wie sie ihm gefällig sind, aufzuerlegen. Für „England bleibt hingegen nichts übrig, als ein „Feuer auszulöschen, welches bey ihm mit einem „ausserordentlichen Rauch und Getöß ausbrach, und „wie es sehr schwer war, hievon den Anfang zu „entdecken; so ist es auch noch weit schwerer das „Ende desselben bevorzusehen." Deutschland sowohl als England befinden sich gegenwartig durch den churmainzischen Friedensantrag, und die dadurch zu Stand gekommene Separatfriedensschlüsse in ebendenselben mißgünstigen Verhältnissen. Es scheint überhaupt, daß die Vorfahrer unserer geistlichen Reichsfürsten weit besser, als die gegenwärtigen, sowohl die Angelegenheiten Deutschlands, als selbst die Franzosen beurtheilt und gekannt haben. Der Churfürst Franz Georg von Trier, einer aus den Grafen von Schönborn, und der ehemaligen sichtbaren Planeten an dem politischen

Ho-

Horizont Deutschlands, ließ in einer, seinem Gesandten am Reichstag bekanntermassen zugeschickten Erklärung einfließen: „Ihm, dem Churfürsten „scheine es ein vollkommen falscher Grundsatz zu „seyn, wenn man mit den Franzosen einen Frieden „machen wolle, so lang ihre Resourcen nicht „erschöpft wären; dieses allein habe noch allzeit für das Reich nachtheilige Folgen gehabt." Nach diesen Voraussetzungen war der Antrag vom Oct. 1794 mit Frankreich Friede zu machen, weder klug noch politisch; die Schlußfolge ergiebt sich also von selbst, daß es auch nicht rathsam gewesen ist.

Digitized by Google